

Antrag /**FA V – Stadt des Wissens****Der Landesparteitag möge beschließen:****Das Recht auf gleiche Bildungschancen ist nicht verhandelbar!**

1 *Für das Recht auf Bildung. Für das Recht auf eine Schule für*
 2 *alle. Überall.*

3

4 Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie so-
 5 wie die Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefor-
 6 dert,

7 1. zu verhindern, dass eine Sonderbeschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen stattfindet,

8
 9
 10 2. zu gewährleisten, dass stattdessen alle Kinder
 11 und Jugendliche in Berlin Zugang zu gleichen Bil-
 12 dungs-chancen haben und in Regelklassen beschult
 13 werden.

14

15

16

17

18 Begründung

19 Partizipation beginnt beim gleichen Recht auf Bildung für
 20 geflüchtete Kinder und auf globalen Menschenrechten
 21 beruhendem Recht auf gleiche Bildungschancen für alle.
 22 Dieses Recht ist unverhandelbar und muss von der Senats-
 23 verwaltung als oberstes Gut und politisches Prinzip be-
 24 handelt werden. Daher ist dieses Recht auf Berliner Ebene
 25 auch im Gesamtkonzept zur Partizipation und Integration
 26 Geflüchteter und im Schulgesetz festgehalten. Über die
 27 Berliner Ebene hinausgehend steht es auch in Artikel 28
 28 und 29 der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK), die in
 29 Deutschland geltendes Recht ist. Die UN-KRK hält ebenso
 30 ein Diskriminierungsverbot in Artikel 2 fest und betont in
 31 Artikel 22, dass der Vertragsstaat einem geflüchteten Kind
 32 die Wahrnehmung seiner Rechte ermöglichen muss.

33

34 Deshalb beobachtet der Landesbeirat für Partizipation
 35 die aktuellen bildungspolitischen Maßnahmen und Plä-
 36 ne der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Fami-
 37 lie für geflüchtete Kinder und Jugendliche sehr kritisch
 38 und lehnt ihre Pläne einer flächendeckenden Sonderbe-
 39 schulung in temporär angelegten Erstaufnahmeeinrich-
 40 tungen wie in Tegel ohne kindergerechte Tagesstruktur
 41 und darüber hinausgehend auch und vor allem in allen re-
 42 gulären Aufnahmeeinrichtungen und/oder Geflüchteten-
 43 unterkünften kategorisch ab! Kindern dürfen nur in einer
 44 Schule unterrichtet werden, und das ist die Regelschule
 45 für Alle!

46

47 *„Wir konnten in den letzten Jahren beobachten, wie geflüchtete Kinder und Jugendliche in den Willkommensklas-*

48

49 *sen separat unterrichtet wurden. Der nachrangige Zugang*
50 *zum regulären Schulalltag hatte zur Folge, dass geflüchte-*
51 *te Kinder und Jugendliche Probleme hatten, anzukommen.*
52 *Umso erschreckender ist es, dass statt eines verbesserten*
53 *Zugangs zum Schulsystem darüber nachgedacht wird, sie*
54 *komplett auszuschließen. Das ist diskriminierend und un-*
55 *zumutbar. Geflüchtete Kinder und Jugendliche haben das*
56 *Recht auf Teilhabe am regulären Schulalltag, an unserer*
57 *Gesellschaft und vor allem auf diskriminierungsfreie Be-*
58 *handlung. Zudem wird der Bildungserfolg der Kinder ris-*
59 *kiert und die Gefahr besteht, von lebenslangen Chancen-*
60 *ungleichheiten betroffen zu sein“*

61

62 *”Der Problematik der Mangelbeschulung kann nicht mit*
63 *weiterer Abschottung im Bildungsbereich für Kinder und*
64 *Jugendliche und der Ausweitung der Isolation von Geflüch-*
65 *teten begegnet werden. Es ist unerträglich zu hören, wenn*
66 *schlechtere Unterrichtsqualität mit der zusätzlichen Be-*
67 *schulung von geflüchteten Kindern in Verbindung gebracht*
68 *wird. Die strukturellen und personellen Probleme von Schu-*
69 *len müssen endlich ernst genommen und angegangen wer-*
70 *den, um Kinder vor solcher Diskriminierung zu schützen.“*

71

72 Sonderschulen sind Ausdruck einer institutionellen Segre-
73 gation, Isolation und Abgrenzung von der Gesellschaft.
74 Wir wissen aus wissenschaftlichen Forschungen, dass die
75 Gefahr einer fortdauernden Segregation mit solchen „Par-
76 allelstrukturen“ institutionell angelegt ist und die Gefahr
77 der Verstetigung der schlecht qualifizierten „Sonderbe-
78 schulung“ größer ist als eine effektive Bildungsvorberei-
79 tung.

80

81 Die Bildungsverwaltung muss prioritär den Rechtsan-
82 spruch von allen (!) Kindern in Berlin auf Zugang zu glei-
83 chen Bildungschancen in Regelklassen strategisch ver-
84 folgen und Maßnahmen entwickeln, die der Mangelbe-
85 schulung entgegenwirken. Die Sonderbeschulung sepa-
86 riert geflüchtete von nicht-geflüchteten Kindern. Wir ver-
87 lieren auf dem aktuellen Weg Chancen für die Entwick-
88 lung einer partizipativen Gesellschaft!

89 Auch in den 1960er Jahren wurde für Kinder von so-
90 genannten „Gastarbeitern“ in der alten Bundesrepublik
91 auf das Modell der „Sonderbeschulung“ in sogenann-
92 ten „Ausländer-Regelklassen“ zurückgegriffen. Wir wis-
93 sen heute, dass die Folgen fatal waren: systematisch
94 unterqualifizierte Bildungsangebote, verfestigte Parallel-
95 strukturen und ein diskriminierendes Bildungssystem,
96 das dazu geführt hat, dass einer ganzen Generation das
97 gleiche Teilhaberecht an Bildung systematisch nicht an-
98 geboten werden konnte. Eine ähnliche Erfahrung kön-
99 nen wir heute nicht riskieren und die Bildungsverwaltung
100 muss mit gutem Beispiel voran gehen, hier eine politische
101 Lösung zu bieten.

102 Die fehlenden Plätze für eine Regelschule sind Teil einer
103 vielfachen Krise, für die der Senat und vor allem die Bil-
104 dungsverwaltung dringend Antworten liefern muss. Das
105 Problem ist der fehlende Zugang für geflüchtete Kinder
106 in Regelschulen gekoppelt mit dem fehlenden Zugang für
107 Wohnungen oder Gemeinschaftsunterkünfte. Die Schul-
108 pflicht gilt aber trotz dessen auch für geflüchtete Kinder.
109 Rund 2.000 schulpflichtige Kinder warten aber noch auf
110 einen Schulplatz. Die meisten dieser Kinder leben in Tegel.
111 Die Pläne der SfBJF, auch 5 Schulen in den neu zu
112 bauenden Containerunterkünften zu planen, zeigen hin-
113 gegen, dass nicht die Diskriminierung geflüchteter Kin-
114 der bekämpft werden soll, sondern ein politischer Paradig-
115 menwechsel auf ihrem Rücken folgen soll. Die Sonderbe-
116 schulung wird nun nicht mehr mal einzig in Tegel als Aus-
117 nahmeort debattiert, sondern tatsächlich auch für reguläre
118 AE und GU! Dazu sagen wir klar „Stopp!“ Wir brauchen
119 inklusive Regelschulen für alle!

120

121 Diese Problematik nicht in ihrer politischen Dimension
122 verstanden wird und statt dessen aus dieser Notsituati-
123 on die SfBJF aber nun einen politischen Paradigmenwech-
124 sel plant Pläne der SfBJF auch 5 Schulen in den neu zu
125 bauenden Containerunterkünften plant. Das deuten wir
126 nicht mal aktuell an, wir sind zu fokussiert auf Tegel. Aber
127 an diese Plänen wird ja gerade der politische Paradigmen-
128 wechsel deutlich. Es geht nicht mehr nur um die Notsitua-
129 tion in Tegel als Ausnahmeort, sondern auch für reguläre
130 AE und GU!

131

132 Das Ankunftszentrum Tegel wurde explizit als Übergangs-
133 lösung konzipiert, um eine kurzzeitige Unterbringung zu
134 organisieren. Die erschreckende Realität zeigt uns heu-
135 te, dass Menschen bis zu einem Jahr und länger dort
136 in menschenunwürdigen Zelten leben müssen. Das be-
137 trifft Kinder und Jugendliche besonders hart. Die fehlende
138 Privatsphäre, fehlender Zugang zu ausreichenden sozial-
139 medizinischen Diensten für Trauma-Betroffene, Gewalt-
140 erfahrungen, schlechte Hygiene und die absolute Isolati-
141 on von der Stadtgesellschaft und Normalität verschärfen
142 die tatsächliche und gelebte Stigmatisierung. Die mangel-
143 hafte Wohnraumversorgung führt zu den menschenun-
144 würdigen langen Aufenthalten in Tegel und zu einer viel
145 gefährlicheren Situation, und zwar der allmählichen und
146 stillschweigenden Verstetigung von Tegel und der Verän-
147 derung des temporären Ankunftszentrums hin zu einem
148 „Lagerkomplex“. Berlin muss Schlafplätze für Geflüchte
149 organisieren und hierbei auch auf Transiträume zurück-
150 greifen, allerdings muss gleichzeitig eine wohnraumpoli-
151 tisch reguläre Unterbringung konsequent konzipiert wer-
152 den. Die Koalition darf dieses Ziel nicht aus dem Auge
153 verlieren. Die Sonderbeschulungsmaßnahmen aus der Bil-
154 dungsverwaltung signalisieren leider anderes.

155

156 Wir fordern die Bildungsverwaltung und den Berliner Se-
157 nat dazu auf, geflüchteten Kinder ihr Recht auf gleiche Bil-
158 dungschancen zu gewähren und dringend verwaltungs-
159 übergreifende Maßnahmen zu diskutieren, die allen Kin-
160 dern unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus,
161 gleiche Bildungschancen bieten. Vor allem sind nachhal-
162 tige Lösungen gefragt, denn eine inklusive Bildungspoli-
163 tik ist die Basis für eine nachhaltig partizipative Gesell-
164 schaft.

165

166 Wir brauchen flächendeckende Maßnahmen, damit Ju-
167 gendliche wieder in Regelschulen unterrichtet werden
168 können und nicht in Containern auf dem Gelände der Un-
169 terkünfte!

170 Es müssen dringend Lehrkräfte gewonnen werden, damit
171 dem Lehrermangel entgegengewirkt wird. Dafür bedarf
172 es sowohl an Qualifikationsangeboten als auch an be-
173 schleunigten und vereinfachten Anerkennungen von Bil-
174 dungsabschlüssen von Lehrer: innen aus dem Ausland un-
175 abhängig vom Herkunftsland!

176

177 Es muss dringend geklärt werden, wie der verwalterische
178 und pädagogische Übergang in die Regelklasse stattfin-
179 den soll!

180 Ein gekoppeltes Angebot von Vorbereitungsklassen und
181 Regelklassen muss geplant werden!

182 Schulen, sowie pädagogische Fach- und Hilfskräfte
183 müssen stärker unterstützt werden!

184 Herkunftssprachlicher Unterricht und qualifizierte paral-
185 lele Deutschkurse für Schüler*innen müssen ermöglicht
186 werden!

187 Bezirksübergreifende „Runde Tische“ müssen Verwaltun-
188 gen und Schulleitungen koordinieren, die sich positiv für
189 eine Schichtbeschulung ausgesprochen haben. Unterricht
190 am Nachmittag ist eine kurzfristige Lösung!

191

192 **Das Recht auf gleiche Bildungschancen ist nicht verhan-**
193 **delbar und muss im Fokus der Koalition stehen!**

194